

KOMMENTAR VON ANDREAS ZUMACH, GENÈVE

Hoffnung voller Widersprüche

Der Syrienkonflikt wird bald wieder an einer Genfer Konferenz verhandelt. Auch die USA und wichtige EU-Staaten tendieren mittlerweile dazu, das jetzige Regime daran teilnehmen zu lassen.



Will Russland ihm einen sicheren Zufluchtsort schaffen? Ein Bildnis des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad auf einer Strasse in Homs. FOTO: SERGEY PONOMAREV, NYT, REDUX, LAIF

Viereinhalb Jahre nach Beginn des Syrienkonflikts gibt es verstärkte diplomatische und militärische Aktivitäten, die zu seiner Beendigung führen sollen. Dazu beigetragen haben vier Entwicklungen in den letzten Monaten.

Erstens: Mit dem mit dem Iran geschlossenen Nuklearabkommen beendet Washington die jahrzehntelange Isolationsstrategie gegenüber Teheran. Somit wird die Einbeziehung des Iran in die Bemühungen um eine Deeskalation und Lösung der Konflikte in Syrien und anderen Ländern der Nahostregion ermöglicht. Dies ist für einen Erfolg unerlässlich.

Zweitens: In Washington, Paris, Berlin, Moskau und Beijing verstärkt sich die Einschätzung, dass der sogenannte Islamische Staat (IS) die grösste Bedrohung ist, seine erfolgreiche Bekämpfung ein gemeinsames politisches wie militärisches Handeln erfordert und Voraussetzung für eine Lösung des Syrienkonflikts ist. Die Regierung in Teheran ist schon lange dieser Ansicht. Inzwischen wird sie auch von den beiden anderen relevanten Regionalmächten Saudi-Arabien und Türkei geteilt – zumindest gemäss Regierungsbekundungen.

Drittens: Die vielen syrischen Flüchtlinge, die in den letzten Tagen und Wochen nach Europa gekommen sind, haben den Druck auf die Regierungen, sich um die Ursachen dieser Flüchtlingsbewegung zu kümmern, erheblich verstärkt.

Viertens: Der seit August 2014 amtierende dritte Syrienvermittler der Uno, Staffan De Mistura, hat in monatelangen Einzelgesprächen mit VertreterInnen der syrischen Regierung sowie fast aller syrischen Oppositionsgruppen eine grundsätzliche Verständigung über einen neuen, als «Genf 3» bezeichneten Verhandlungsprozess erreicht. Der Schweizer Aussenminister Didier Burkhalter hat dies am Dienstag bestätigt.

Ein Erfolg der neuen diplomatischen und militärischen Aktivitäten ist allerdings höchst ungewiss. Denn sie basieren auf Widersprüchen, Fehleinschätzungen und Illusionen. Zudem bleibt eine zentrale Frage ungelöst: Welche Rolle soll Syriens Präsident Baschar al-Assad künftig spielen? An dieser Frage waren auch schon die früheren Genfer Syrienkonferenzen vom Juni 2012 und Februar 2014 gescheitert.

Die Regierungen der USA und vieler EU-Staaten schwenken zwar langsam auf die Linie Russlands und des Iran ein, nach der die Regierung Assad zumindest vorläufig noch gebraucht wird, da sie weiterhin ein zentraler Akteur ist und weder für die Bekämpfung des IS noch für den innersyrischen Verhandlungsprozess im Rahmen von «Genf 3» ignoriert werden kann. Doch die meisten Oppositionsgruppen sind nicht zu Verhandlungen mit Assad bereit oder machen gar dessen Rücktritt zur

Vorbedingung für ihre Teilnahme an «Genf 3». Sie weisen darauf hin, dass die Regierungstreitkräfte nach wie vor mehr Menschen töten, verletzen oder in die Flucht treiben als der IS. Diese Einschätzung wird vom Uno-Menschenrechtsrat in Genf sowie von anderen unabhängigen BeobachterInnen bestätigt.

Selbst wenn es zu einer Einigung über die künftige Rolle Assads käme und «Genf 3» eine Vereinbarung zwischen der syrischen Regierung und den beteiligten Oppositionskräften bringen würde, bliebe ein zentrales Problem. Denn jegliche Vereinbarungen können durch zwei Akteure sabotiert werden, die vom Verhandlungsprozess ausgeschlossen sind: durch den IS, der rund die Hälfte Syriens kontrolliert, und durch die Al-Nusra-Front, den syrischen Ableger des Al-Kaida-Netzwerks.

An Luftangriffen gegen IS-Stellungen in Syrien beteiligen sich seit Anfang September auch Australien, Britannien und Frankreich. Gerechtfertigt wird dies mit angeblich von IS-KämpferInnen in Syrien geplanten Terroranschlägen in diesen drei Ländern. Bislang haben die Regierungen in Canberra, London und Paris aber keine Beweise für diese Behauptungen vorgelegt. Es liegt nahe, dass die drei Regierungen mit der Demonstration militärischer Handlungsbereitschaft von ihrer mangelnden Bereitschaft zur Aufnahme von mehr syrischen Flüchtlingen ablenken wollen.

Doch was immer die Motive für die Luftangriffe sind: Damit lässt sich der IS nicht erfolgreich bekämpfen. Das zeigt der bereits vierzehn Jahre währende, gescheiterte und kontraproduktive «Krieg gegen den Terrorismus», der fast ausschliesslich mit Luftbombardements und Drohnen geführt wird. Selbst der Einsatz von Bodentruppen böte keine Erfolgsgarantie in einem asymmetrischen Krieg, wie die Niederlagen der vorgeblich haushoch überlegenen Militärmächte Sowjetunion und Nato in Afghanistan sowie der USA im Irak gezeigt haben. Ohnehin ist zur Entsendung von Bodentruppen in den syrischen Bürgerkrieg – die etwa zur Durchsetzung von Schutzzonen für Flüchtlinge unerlässlich wären – niemand bereit.

Auch Russland nicht, dessen Rüstungslieferungen in die westsyrische Provinz Latakia und dessen Ausbautätigkeiten am dortigen Flughafen seit Tagen für allerhand Spekulationen sorgen. Tatsächlich plant Moskau weder einen Bodenkrieg gegen den IS noch die Verstärkung der syrischen Regierungstreitkräfte durch russische Soldaten. Es geht darum, einen Zufluchtsort für die Assad-Familie in ihrer Heimatregion Latakia vorzubereiten – geschützt durch russische Truppen, die zugleich den Marinestützpunkt und einzigen russischen Zugang zum Mittelmeer in Tartus sichern.

GLENCORE

Entlassen, damit sich die AktionärInnen beruhigen

Die Rohstoffpreise fallen, die weltweite Nachfrage schwindet, und die Aktien von Glencore stürzen seit fünf Jahren ab. Ausbaden sollen das Debakel die MinenarbeiterInnen in Sambia und im Kongo.

VON CORINA FISTAROL

Am 7. September hat der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore überraschend angekündigt, seine Kupferminen in Katanga (Demokratische Republik Kongo, DRK) und bei Kitwe (Sambia) für eineinhalb Jahre zu schliessen. Dies als eine der Massnahmen, um einem stark sinkenden Aktienwert entgegenzuwirken. Dieser Schritt erstaunt. Denn jahrelang hatte etwa die Erklärung von Bern (EvB) gefordert, dass die Kupferminen bei Kitwe eine Schwefelfilteranlage erhalten, um Arbeitende und AnwohnerInnen vor den lebensgefährlichen Luftbelastungen zu schützen – auch wenn dafür die Mine vorübergehend geschlossen werden müsste. Glencore nannte viele Gründe, warum eine Schliessung nicht infrage komme. «Zu teuer», war die häufigste Antwort.

Plötzlich scheint es kein Problem mehr zu sein, die Kupferminen dichtzumachen. Ausschlaggebend war der Druck der AktionärInnen. Was mit den Zehntausenden von Festangestellten und indirekt Beschäftigten geschieht, ist unklar. In einer Pressemitteilung schreibt Glencore, dass ein Grossteil der Angestellten weiterbeschäftigt werde. Aber wie, wer und zu welchen Konditionen, ist völlig unklar: Für Erklärungen war Glencore trotz mehrfacher Anfragen nicht zu erreichen. Emmanuel Umpula Nkumba, Direktor der NGO African Resources Watch (Afrewatch) in Lubumbashi (DRK), sagt gegenüber der WOZ, die MineurInnen seien sehr beunruhigt und wütend. «Die Stadt Kolwezi in der Region Katanga hat 500 000 Einwohner. Alle hängen mehr oder weniger von den Minen ab. Wenn diese schliessen, von was sollen all diese Leute leben?» Es gebe wohl nationale Arbeitsgesetze, die die ArbeiterInnen schützen sollten. Aber viel Vertrauen hat Umpula Nkumba nicht in den kongolesischen Staat.

Und dass sich die MineurInnen gegen Glencore durchsetzen können, ist auch wegen der Verstrickungen des Konzerns bis in die höchsten politischen Ämter unwahrscheinlich. ArbeiterInnen, die gewerkschaftlich ausgehandelte Löhne und Arbeitsbedingungen vor Gericht einforderten, mussten 2009 kapitulieren, obwohl sie in erster Instanz vor dem Arbeitsgericht in Lubumbashi recht erhalten hatten. Aber das Geld reichte nicht, um die Fortführung des Prozesses vor dem nationalen Gericht in der Hauptstadt Kinshasa zu finanzieren. 300 KlägerInnen wurden daraufhin entlassen.

Während der Schliessungszeit will der Rohstoffmulti in die Berufsausbildung investieren, Spitäler für die Angestellten unterhalten und Wasserversorgungsprojekte weiterführen. Doch auch das mag bei Afrewatch niemand so recht glauben. Zu oft seien sie schon getäuscht worden. So seien etwa über neunzig Prozent der Gelder, die der lokalen Bevölkerung hätten zugutekommen sollen, in Infrastrukturprojekte wie Strassen geflossen, von denen primär die Firma profitiere.

Einbruch der Aktienwerte

Durch den Börsengang 2011 sind die Topmanager von Glencore zu Milliardären geworden: Laut EvB lag das Vermögen der sechs Topkader damals höher als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt der 96 ärmsten Länder der Welt. Doch die Aktien liegen derzeit nur noch bei rund 25 Prozent ihres damaligen Werts. Allein der Wert des Aktienpakets von CEO Ivan Glasenberg ist innerhalb von einem Jahr von 6 auf 2,2 Milliarden Franken geschmolzen, die Beteiligungen einiger Topmanager sind unter die Milliardengrenze gerutscht. Gründe für den Börseneinbruch gibt es mehrere. Einer davon ist der enorme Schuldenberg von 30 Milliarden US-Dollar, den das Unternehmen trotz beachtlicher Gewinne angehäuft hat. Zudem gibt es bei verschiedenen von Glencore geförderten Rohstoffen einen Nachfrageschwund beziehungsweise eine Überproduktion auf dem Weltmarkt.

Jahrelang konnte der Handel mit Rohstoffen die Ertragsschwankungen aus der Produktion auffangen. Doch dieses integrierte Geschäftsmodell, von dem die Glencore-Kader anfangs enorm profitiert haben, wurde wegen der unsicheren Marktlage immer risikoreicher. So versucht Glasenberg nun, das miserable Rating («long-time debt») nach oben zu korrigieren, indem der Konzern neben den Minenschliessungen auch Unternehmenssparten verkauft und neue Aktien herausgibt. Zudem sollen bis Mitte nächsten Jahres keine Dividenden ausbezahlt werden. Das ärgert die AktionärInnen, der CEO nimmts dagegen scheinbar gelassen, obwohl er nach dem Staatsfonds von Katar (Beteiligung 9 Prozent) mit 8,4 Prozent der zweitgrösste Aktionär ist.

Gegenüber dem «Wall Street Journal» sagte Glasenberg, dass die beschlossenen Massnahmen aus seiner Sicht nicht zwingend seien. Es gehe vor allem darum, die AktionärInnen zu beruhigen. Ben Davis von der Investmentbanking-Plattform Liberum Capital nennt die Strategie des Rohstoffgiganten einen «Kampfmodus, den der Markt sicher schätzt». Tatsächlich reagierten die Börsen letzte Woche vorübergehend positiv auf die drastischen Pläne des Konzerns.

Auch die operativen Einheiten des Konzerns sollen sparen. Neben der vorübergehenden Schliessung der Kupferminen, die die weltweit geförderte Kupfermenge um 400 000 Tonnen reduzieren und so die Preise ankurbeln soll, wird das Investitionsbudget im Bergbau um bis zu eine Milliarde US-Dollar gekürzt. Gleichzeitig sollen in Katanga aber 880 Millionen US-Dollar in die Sanierung einer Mine investiert werden, um langfristig die Produktionskosten zu senken und somit auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähiger zu werden, so das Communiqué. Welche Auswirkungen das auf die Arbeitsplätze hat, bleibt offen.

Ernüchterung in Afrika

Die Entscheidung, die Minen zu schliessen, kommt für die betroffenen Staaten überraschend. Sambia generiert siebzehntausend Prozent seiner Devisen und bis zu dreissig Prozent des Staatshaushalts mit Kupfer. Die Wirtschaft in der DRK ist zwar diversifizierter, aber auch hier ist der Abbau von Rohstoffen die einzige Quelle von Devisen. Laut Afrewatch haben die Minen in Katanga und bei Kitwe 2013 Abgaben von rund 300 respektive 106 Millionen US-Dollar in die jeweiligen Staatskassen gespült. Dabei gebe sich Glencore alle Mühe, Steuerzahlungen möglichst zu drücken, sagt Emmanuel Umpula Nkumba. «Die Firma investiert immer so viel, dass der Gewinn ausgeglichen wird und somit im Land kaum Steuern auf die Profite bezahlt werden müssen.»

Diverse Organisationen haben Glencore ermahnt, besagte Gewinnsteuern zu zahlen. Weil der Konzern das aber laut Afrewatch seit neun Jahren nicht tut, müssen die Staaten auf beträchtliche Einnahmen verzichten: 2011 entging der DRK mit rund 150 Millionen Franken etwa das Dreifache dessen, was die Schweiz an Entwicklungsgeldern in den Kongo leitet.

Und was tut die Schweiz? In einem im März 2013 veröffentlichten Bericht anerkennt der Bundesrat zwar die Risiken des Rohstoffplatzes Schweiz. Griffige Vorschläge für gesetzliche Leitplanken sucht man darin allerdings vergebens. Die Verantwortung für die Folgen des Rohstoffabbaus schiebt die Landesregierung ab und hofft stattdessen auf die Eigenverantwortung der Unternehmen. Glencore ist denn auch stolz darauf, freiwillig die «Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte» des Internationalen Rates für Minen und Metall (ICMM) einzuhalten. Derweil erklärte Bundesrat Johann Schneider-Ammann, dass die regulatorische Zurückhaltung eben eines der Rezepte für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz sei.

Plötzlich scheint es kein Problem mehr zu sein, die Kupferminen dichtzumachen.